

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23

2/2011

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Termine im Monat Juli



Neues aus dem Wahlkreis

Sicherheit: CDU erneuert Kritik an Polizeireform

Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum hat es als "völlig inakzeptabel" bezeichnet, dass die Stadt Ludwigsfelde, die Bevölkerung und die Polizeibeamten seit mehr als 2 Jahren von der Landesregierung im Unklaren gelassen werden, ob es in Ludwigsfelde für das künftige Polizeirevier einen Neubau oder andere Räumlichkeiten geben wird. Dabei hat die Stadt Ludwigsfelde für den Umzug der Polizei bereits ein Gebäude der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft zur Verfügung gestellt, so Eichelbaum gegenüber der MAZ. "Fest steht nur", so der CDU-Politiker, "dass es einen Revierleiter und Revierpolizisten in Ludwigsfelde geben wird." Wie viele Polizisten in Ludwigsfelde zukünftig sein werden und zu welchen Zeiten das Polizeirevier für die Bürger erreichbar ist, steht weiterhin in den Sternen.

Abgeordnete des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik hatten am Montag die Polizeiwache Ludwigsfelde besucht, um sich vor Ort ein Bild von den Auswirkungen der Polizeistrukturereform der rot-roten Landesregierung zu machen. Als Gesprächspartner standen den Landtagsabgeordneten in Ludwigsfelde der Leiter des Schutzbereiches Teltow-Fläming, Jürgen Huber, und der Leiter der Polizeiwache Ludwigsfelde, Sven Wagner, Rede und Antwort.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Sven Petke, bezeichnete die Errichtung von Polizeirevieren als "Beruhigungsspielle". "Angesichts des Abbaus von 1900 Stellen bei der Polizei, inklusive 400 Stellen bei der Kriminalpolizei, wird es künftig auch in Teltow-Fläming weniger Polizeipräsenz geben. Und das, obwohl im Norden des Landkreises eine hohe Kriminalitätsrate zu verzeichnen ist und mit einem enormen Bevölkerungszuwachs zu rechnen ist.

Jürgen Huber berichtete, dass im Norden des Kreises der Kfz-Diebstahl seit 2008 um 100 % gestiegen sei. Hohe Steigerungsraten sind auch bei Einbrüchen in Büros, Unternehmen und Lagerräumen, gerade in Großbeeren, zu verzeichnen. Huber kündigte an, dass es auch in der Präventionsarbeit Abstriche geben wird. Fahrradtraining in Schulen und Kitas wird es wohl künftig in dem gewohnten Umfang nicht mehr geben.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 01.06.2011



Besuch der
Polizeiwache
Ludwigsfelde am
30.05.2011

Bürger sind verunsichert - Landtagsabgeordneter Danny Eichelbaum im BlickPunkt-Interview

Der BlickPunkt Redakteur Jörg Reuter sprach mit Danny Eichelbaum über die Polizeireform, die Zukunft der Wachen in Ludwigsfelde und Zossen.

Danny Eichelbaum ist CDU-Landtagsabgeordneter im Wahlkreis 23 (Ludwigsfelde, Großbeeren, Am Mellensee, Trebbin und Nuthe-Urstromtal) Er ist im Landtag Brandenburg stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses und Mitglied im Rechtsausschuss.

Jörg Reuter: Die Bürger sind verunsichert, ob durch die Polizeistrukturereform noch die polizeiliche Präsenz in der Region aufrechterhalten werden kann. Wie ist ihre Einschätzung?

Danny Eichelbaum: Ich kann die Verunsicherung bei den Bürgern und den Unmut der Polizisten verstehen. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates. Die Polizeibeamten leisten vor Ort eine gute Arbeit. Die Debatte um zukünftige Polizeistandorte wirkt jedoch auf die Polizisten demotivierend. Hinzu kommt, dass die Polizeiwache Ludwigsfelde in einem katastrophalen baulichen Zustand ist.



Jörg Reuter: Auf welche Veränderungen müssen sich die Bürger durch die geplante Polizeistrukturereform einstellen?

Danny Eichelbaum: Die rot-rote Landesregierung plant den Abbau von 1900 Polizeistellen und die Schließung mehrerer Polizeiwachen in Brandenburg. Allein 400 Stellen sollen bei der Kriminalpolizei wegfallen, davon 100 in den Bereichen: Organisierte Kriminalität, Staatsschutz und Terrorismus. Das ist unverantwortlich und ein Armuts-zeugnis für die Regierung. Auch im Landkreis Teltow-Fläming wird die Polizeireform spürbar werden. Innenminister Dietmar Woidke (SPD) möchte die Polizeiwache in Zossen schließen und die Polizeiwache Ludwigsfelde wird nur noch als Polizeirevier mit Öffnungszeiten von 8 bis 20 Uhr aufrechterhalten. Die Kriminalpolizei wird gänzlich aus Ludwigsfelde und Zossen abgezogen und soll nur noch in Luckenwalde und Potsdam ihren Sitz haben. Durch den radikalen Abbau von Polizeistellen im Norden des Landkreises wird es schwer sein, die polizeiliche Präsenz aufrechtzuerhalten. Anzeigen von Bürgern würden nur noch verwaltet, anstatt bearbeitet werden. Die Polizeistrukturereform ist ein Sicherheitsrisiko und beeinträchtigt die Handlungsfähigkeit der Polizei. Im Bereich der inneren Sicherheit dürfen Sparvorhaben nicht maßgeblich sein für politische Entscheidungen.

Jörg Reuter: Innenminister Dietmar Woidke setzt auf den mobilen Polizisten im interaktiven Streifenwagen. Benötigt man in Zukunft gar keine Wachen mehr im Land?

Danny Eichelbaum: Das ist Wunschdenken. Die rund um die Uhr besetzten Wachen sind das Herzstück der polizeilichen Arbeit in einem Flächenland wie Brandenburg. Die Polizeiwache dient den Bürgern als Ansprechpartner und erhöht das subjektive Sicherheitsgefühl. Die Pläne der Landesregierung bedeuten den Rückzug der Polizei aus der Fläche, eine weitere

Zentralisierung und die Kapitulation des Staates vor den Verbrechern. Es entstünden polizeifreie Räume. Zum Teil beträgt die Entfernung zwischen zwei Wachen fast 100 Kilometer. Das erschwert die Arbeit der Polizei deutlich und führt zu einem Mehr an Kriminalität. Die Einsatzzeiten bei polizeilichen Einsätzen, z.B. bei der Unfallaufnahme oder bei anderen Schadensereignissen, werden sich drastisch erhöhen.

Jörg Reuter: Reicht die geplante Tageswache in Ludwigsfelde nicht aus, um die Polizeipräsenz im Norden des Landkreises zu erhalten?

Danny Eichelbaum: Wir benötigen sowohl in Ludwigsfelde als auch in Zossen eine 24 Stunden Wache. Verbrecher halten sich nicht an Öffnungszeiten. Angesichts einer hohen Kriminalitätsbelastung im Bereich beider Polizeiwachen, einer steigenden Bevölkerungsentwicklung im Norden des Landkreises, der Berlin-Nähe und des Großflughafens BBI mit den damit verbundenen Kriminalitätsbelastungen muss die Aufrechterhaltung und Gewährleistung der Sicherheit in unserer Region oberste Priorität haben. Ich möchte daran erinnern, dass das Land bereits am 1.12.2009 mit der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft in Ludwigsfelde einen Kaufvertrag über eine neue Immobilie für die künftige Polizeiwache in Ludwigsfelde geschlossen hat. Mehrere Mieter mussten dadurch umziehen. Die Landesregierung wäre vertragsbrüchig, wenn sie ihr Versprechen nicht halten und nun andere Pläne verfolgen würde.

Jörg Reuter: Was bedeutet die Polizeistrukturereform für die Kommunen?

Danny Eichelbaum: Auf die Kommunen, insbesondere die Ordnungsämter, würden neue Aufgaben und Kosten zukommen. Das Einschreiten gegen eine nächtliche Ruhestörung wäre dann beispielsweise nicht mehr Aufgabe der Polizei, sondern im Rahmen der Gefahrenabwehr Aufgabe des Ordnungsamtes. Bereits heute engagieren sich Bürger in Kommunen, z.B. in Ludwigsfelde, Blankenfelde-Mahlow oder Trebbin, in kommunalen Sicherheitspartnerschaften, weil die Polizei nicht mehr allein die Sicherheit, z.B. vor Vandalismus, garantieren kann. Diese Entwicklung sehe ich mit Sorge. Sicherheit darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Auch die Präventionsarbeit der Polizei in Schulen und Kitas ist gefährdet, auch hierfür wären in Zukunft die Kommunen zuständig.

Jörg Reuter: Welche Alternative bietet die Opposition zu den Plänen der Regierung?

Danny Eichelbaum: Die CDU-Landtagsfraktion hat ein eigenes Polizeistrukturkonzept „Sicher leben in Brandenburg“ verabschiedet und in den Landtag eingebracht. Nach unseren Vorstellungen bleiben alle Polizeiwachen als 24 Stunden Wachen erhalten. Die beiden Polizeipräsidien sollen zu einem Landespolizeipräsidium zusammengefasst und vier Polizeidirektionen im Land gebildet werden. Wir wollen mehr Indianer und weniger Häuptlinge. Die Zahl von 8000 Polizisten im Land darf nicht unterschritten werden. Wir stehen für eine gute und moderne Polizeiausstattung und spielen nicht Vabanque mit der inneren Sicherheit.

Jörg Reuter: Welche Auswirkungen hatten die Volksinitiative und die Unterschriftensammlungen auf das Gesetzesvorhaben?

Danny Eichelbaum: An der Volksinitiative haben sich 97000 Brandenburger beteiligt. Über 2000 Ludwigsfelder haben die CDU-Unterschriftensammlung zum Erhalt der Polizeiwache in Ludwigsfelde unterstützt. Der Kreistag und die Stadtverordnetenversammlungen haben Resolutionen zum Erhalt der Polizeiwachen in Ludwigsfelde und Zossen beschlossen. Diese Aktionen sind ein Warnschuss in Richtung Regierung und ein deutliches Bekenntnis der Bevölkerung für die Polizei vor Ort. Der Protest der Bürger ist bei der Landesregierung angekommen, der neue Innenminister sucht jetzt zumindest den Dialog mit den Verantwortlichen vor Ort. Aber bisher gab es noch keine wesentlichen Veränderungen an den

Grundzügen der Reform. Noch ist nichts endgültig entschieden, deshalb muss der öffentliche Druck aufrechterhalten bleiben. Ich erwarte, dass im Landtag auch die örtlichen Kollegen von SPD und Linke ihren Worten Taten folgen lassen.

Jörg Reuter: Wie wird sich das weitere Verfahren in Potsdam gestalten?

Danny Eichelbaum: Der Innenminister hat angekündigt, im Mai den Innenausschuss über seine weiteren konkreten Pläne zu informieren, danach soll dem Landtag der Abschlussbericht der Landesregierung übergeben werden.

Quelle, Blickpunkt, 15.4.2011

Parteien: Spende für Sanierung des Strandbades



Eine private Spende von 100 Euro übergab am Dienstag der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum dem Bürgerverein Klausdorf am Mellensee. Sie soll für die Sanierung des Dachs auf dem Sanitärgebäude des Strandbades verwendet werden. Eichelbaum: "Der Bürgerverein Klausdorf am Mellensee ist ein Paradebeispiel für bürgerliches Engagement. Seit 2010 engagierten sich die Mitglieder ehrenamtlich und rastlos für die Sanierung des Strandbades. Hierfür gebührt ihnen Respekt." Laut Rosemarie Wieden, Vorsitzende des Vereins, ist bis zur

Saisoneroöffnung noch viel zu tun. Am kommenden Samstag ab 9 Uhr gibt es wieder einen Arbeitseinsatz, Helfer sind willkommen. Am 30. April ab 19 Uhr ist dann jedermann zur Walpurgisnacht ins Strandbad eingeladen.gs

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 07.04.2011



Spargelfest in Siethen am 01.05.2011

Nachrichten aus dem Landtag

CDU für Funkstille im Knast - Fraktion fordert Handyblocker / Minister Schöneburg scheut die hohen Kosten

Handyblocker können verhindern, dass Gefangene illegal telefonieren, im Internet surfen oder sogar Straftaten organisieren. Die Technik wird bald auch in Brandenburg erlaubt, angeschafft wird sie aber wohl nicht.

Potsdam/ Vor wenigen Wochen loggte sich Keith M. über sein Internethandy bei Facebook ein und schrieb: "ich will die Gesichter sehen wenn ich da auftauche ich will sehen wie die renn wenn ich auf die schieße auch wenn ich wieder rein komme egal ich werde auf die schießen", Keith M. hätte diese Hiobsbotschaft nie schreiben dürfen. Der verurteilte Kindermörder sitzt in der Jugendhaftanstalt Berlin-Plötzensee. Handys sind dort genauso verboten, wie in der Justizvollzugsanstalt Luckau-Duben (Dahme-Spreewald). Von dort aus pflegte kürzlich, wie der RBB berichtete, Christian W. via Internethandy Kontakte zu den Gesinnungsgenossen. Christian W. ist einer der Täter des aufsehenerregenden Obdachlosen-Mordes von Templin (Uckermark). "Nicht hinnehmbar" findet das Danny Eichelbaum, der Rechtsexperte der Brandenburger CDU-Fraktion. „Das Land müsse alles tun, um den illegalen Einsatz von Handys in Haftanstalten zu unterbinden."

„Länder, wie Baden-Württemberg zeigen, wie es richtig geht", sagt er. Dort war der Einsatz von Handyblockern vor drei Jahren auf den Weg gebracht worden.

21 Handys wurden im ersten Quartal dieses Jahres in märkischen Gefängnissen konfisziert. Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) müsse diese Störsender auch in den märkischen Gefängnissen einführen. „Es kann nicht sein, dass Strafgefangene mit eingeschleusten Telefonen ihre kriminellen Machenschaften fortführen", sagt Eichelbaum.

Doch der Justizminister ist skeptisch- vor allem mit Blick auf die prekäre Haushaltslage. Ganz preiswert ist die Technik schließlich nicht. In Baden-Württemberg hat die Installation des Störsenders in der JVA Offenburg rund eine Million Euro gekostet. Die JVA ist mit 500 Plätzen etwas größer als die JVA Luckau-Duben.

Trotzdem will Brandenburg den Weg für Handyblocker prinzipiell frei machen. Mit dem für das nächste Jahr vorgesehenen Strafvollzugsgesetz soll die rechtliche Grundlage geschaffen werden. Das heißt aber nicht, dass die teuren Geräte auch angeschafft werden, wie Ministeriumssprecher Frank Schauka erklärt. "Wir wollen erst die Erfahrungen anderer Länder abwarten", sagt er. Künftig werde präventiv auch den Vollzugsbediensteten das Mobilfunken verboten, so Schauka.

Bislang sei in Brandenburg aber nur ein Fall dokumentiert, bei dem ein Häftling sein Telefon auch für Straftaten missbraucht hat. 2003 organisierte ein Insasse der JVA Cottbus-Dissenchen fernmündlich Drogengeschäfte. In Berlin geistern Pläne für die Telefonunterdrücker schon länger durch den Senat. 2009 legte die Justizverwaltung das für Anfang 2010 geplante Vorhaben aus Geldmangel auf Eis. Nun soll die Technik in der Jugendstrafanstalt Plötzensee getestet werden. Dort wurden immer wieder Handys gefunden: Komplizen hatten sie über die Mauer geworfen und die Insassen durch die Fenster geangelt. Enge Gitter sollen das inzwischen verhindern.

Der Einsatz der Handyblocker in Plötzensee wird weiter auf sich warten lassen. Laut Senatsverwaltung verzögert sich die Genehmigung der Bundesnetzagentur.

Kommentiert

Funkloch hinter Gittern

Thorsten Gellner über den Einsatz von Handyblockern in Brandenburgs Gefängnissen

In Berlin verschickt ein Kindermörder mit seinem Internethandy Morddrohungen. In Brandenburg pflegt ein inhaftierter Rechtsextremist via Handy Kontakte zu seinen Gesinnungsgenossen. Eigentlich sollte Funkstille herrschen im Knast. Doch immer wieder werden Gefangene mit eingeschmuggelten Telefonen ertappt. Fast Tausend Handys wurden in den vergangenen Jahren in Brandenburgs Gefängnissen beschlagnahmt. Der Kontrolldruck in den Anstalten ist zwar hoch, aber er reicht offenbar nicht aus. Auch Brandenburg wird daher nicht um den Einsatz von Störsendern in den Gefängnissen herumkommen, auch wenn die Erfahrungen mit Handyblockern noch dürftig und die Geräte teuer sind. Handys sind längst nicht mehr nur zum Telefonieren da. Sie haben Kameras, sind mobile Internetzugänge. Gefangene können damit verbotene Absprachen treffen, womöglich gar Fluchtpläne schmieden, illegale Geschäfte organisieren oder im Netz nach Anleitungen zum Bau verbotener Gegenstände suchen. Selbst wenn mit ihnen nichts Kriminelles angestellt wird, haben Handys hinter Gitter nichts zu suchen. Sie höhlen den Strafgedanken aus, indem sie Gefangenen Freiheiten erlauben, die ihnen das Gericht eigentlich entzogen hat.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 10.06.2011

Brauner Spuk - NPD-Reiterhof in der Kritik

Ahrensfelde: Ein Reiterhof und seine braune Chef-Garde. Erste Politiker fordern jetzt die Schließung des Ausflugsziels. Der KURIER berichtete, dass der Reiterhof Blumberg von NPD-Anhängern geführt werde. Ahnungslose Eltern schicken ihre Kinder dorthin. CDU-Justizexperte Danny Eichelbaum: „Hier muss im Vorfeld einiges schiefgelaufen sein. Die Demokraten dürfen nicht zulassen, dass NPD-Funktionäre über Ferienhäuser ihr braunes Gedankengut verbreiten. Die Gemeinde ist aufgefordert, schnellstmöglich zu prüfen, ob die Gewerbe-Erlaubnis entzogen werden kann. Mit diesem braunen Spuk muss Schluss gemacht werden.“

Quelle: Berliner Kurier, 05.06.2011



50. Geburtstag Frank Bommert MdL in Kremmen am 30.04.2011

Richter sollen ihre DDR-Vergangenheit offenlegen

Die drei Oppositionsfraktionen in Brandenburg verlangen von der Landesregierung eine bessere Aufklärung der DDR-Vergangenheit von Richtern.

Politiker von CDU, FDP und Grünen forderten Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) am Donnerstag auf, die Öffentlichkeit über alle Erkenntnisse zur früheren Tätigkeit von übernommenen Justizmitarbeitern aus der DDR zu informieren.

CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum bezeichnete es als "unhaltbaren Zustand", dass Richter oder Rechtsanwälte in den Justizdienst des Landes übernommen wurden, die in der DDR politische Strafurteile gegen Bürger verhängten. Sollte jemand den Richterwahlausschuss getäuscht haben, müsse dessen Ernennung zum Richter rückwirkend zurückgenommen werden, sagte Eichelbaum. Der Ausschuss überprüfte Richter in der Nachwendezeit vor der Weiterbeschäftigung im Dienst des Landes.

FDP-Rechtsexpertin Linda Teuteberg stellte Schöneburg ein "politisches Armutzeugnis" aus. Er verweigere beharrlich, Stellung zur damaligen Übernahmepraxis zu nehmen. Die Grünen-Abgeordnete Sabine Niels sagte, Schöneburg lasse sich zur Aufarbeitung tragen, statt selbst aufzuarbeiten. Den bekannt gewordenen Fall des Arbeitsrichters aus Potsdam nannte sie "skandalös". Er bestätige den Eindruck, dass "alte Eliten nahtlos übernommen worden sind".

Am Mittwoch war durch Recherchen des RBB-Magazins "Klartext" bekannt geworden, dass ein heutiger Richter des Arbeitsgerichts Potsdam in der DDR Haftbefehle gegen Ausreisewillige erlassen haben soll. Schöneburg hatte dazu erklärt, der Richter sei nach der Wende in Kenntnis seiner Tätigkeit und Rechtsprechung in der DDR in den Landesdienst übernommen worden. Bei allem Respekt und Mitgefühl für die Opfer habe er die damaligen Entscheidungen zu akzeptieren.

Der nach "rechtstaatlichen Grundsätzen" agierende Richterwahlausschuss habe aber die Voraussetzungen dafür festgestellt, dem Jurist ein Richteramt im Justizdienst des Landes Brandenburg zu übertragen. Der frühere Brandenburger Justizminister Hans-Otto Bräutigam (parteilos) sagte allerdings im RBB: "Ich habe mich mit jedem einzelnen Fall beschäftigt, bevor dieser zum Richterwahlausschuss ging. Gegen den Willen des Justizministers war die Wahl zum Richter nicht möglich." Professor Rainer Schröder von der Humboldt-Universität Berlin habe den Haftbefehl als Rechtsbeugung gewertet, berichtete das Magazin Klartext. Er sei nicht durch das DDR-Strafrecht gedeckt gewesen.

Quelle: Berliner Morgenpost, 27.05.2011



Diskussion mit Schülern des Goethe-Schiller Gymnasiums Jüterbog im Landtag am 03.05.2011

Streit um Versöhnung geht weiter - Schlagabtausch zum angemessenen Umgang mit der DDR-Vergangenheit in Brandenburg

Der Brandenburger Landtag schafft es nicht, beim Umgang mit dem Erbe der SED-Herrschaft einen parteiübergreifenden Konsens zu finden. In einer aktuellen Stunde wurden gestern im Landtag erneut die tiefen Gräben sichtbar, die die rot-rote Regierungskoalition von der Opposition aus CDU, FDP und Grünen trennen. Ein Antrag der Grünen zur Überprüfung der Brandenburger Richterschaft wurde von der Mehrheit aus SPD und Linkspartei abgelehnt.

Nachdem im Vorfeld der Debatte der Eindruck entstanden war, die Koalition setze sich nicht einheitlich mit den neuen Erkenntnissen zu früheren Stasi-Mitarbeitern in Polizei und Justiz auseinander, ergriff Regierungschef Matthias Platzeck (SPD) selbst gestern im Parlament das Wort. Er verteidigte das Vorgehen der vergangenen zwanzig Jahre gegenüber früheren Stasi-Mitarbeitern.

Es sei das Notwendige getan worden, um den Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens zu sichern. Es werde jetzt wegen der Stasi-Fälle über Brandenburg in einer Art und Weise geredet, "die dieser Gesellschaft nicht gerecht wird." Er wolle eine "politische Versöhnung" und die unterscheide sich von den Vorstellungen und Wünschen vieler früherer SED-Opfer. Platzeck sagte, er könne zwar die Forderungen dieser Menschen verstehen, teile sie aber nicht.

Der Regierungschef grenzte sich damit sehr deutlich von Rednern der Opposition ab, die die Situation in Brandenburg ganz anders beurteilen und "Fehler und Versäumnisse" - so die FDP-Abgeordnete Linda Teuteberg - beim Umgang mit den SED-Opfern beklagten.

Teuteberg forderte genauso wie der Grüne-Fraktionschef Axel Vogel und Sprecher der CDU deswegen eine nochmalige Prüfung der Richterschaft des Landes. Vogel und Teuteberg lobten das Vorgehen von Innenminister Dietmar Woidke (SPD), der sich in der Polizei darum bemühe, nur überprüfte Beamte in Führungspositionen zu haben. Die Debatte war ansonsten geprägt von einer scharfen, zum Teil auch lautstark geführten Auseinandersetzung zwischen CDU- und Koalitionspolitikern.

Die CDU-Redner Sven Petke und Danny Eichelbaum griffen die Landesregierung an, weil sie sich besonders im Bereich der Justiz weigere, für Aufklärung zu sorgen. "Sie stehen in der Tradition der SED", sagte Petke in Richtung Linksfraktion und verwies auf sieben Abgeordneten, die früher Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen sein sollen. Eichelbaum sagte, trotz der überraschenden Erkenntnis über Stasi-Mitarbeiter unter den Richtern, handle die Koalition "so, als sei nichts gewesen".

Für die SPD wies neben Platzeck der Abgeordnete Andreas Kuhnert die Angriffe zurück. Kuhnert, als Pfarrer einst selbst von der Stasi verfolgt, verlangte "eine zweite Chance" für belastete Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und erinnerte an die einstigen Taten prominenter westdeutscher Linker wie Joschka Fischer, denen auch solch eine Chance eingeräumt worden sei.

In dem teilweise polemisch ausgetragenen Schlagabtausch gingen die Stimmen aus den beiden kleineren Fraktionen weitgehend unter, die sich um Gemeinsamkeiten bemühten und insbesondere an die Überlegungen von Innenminister Woidke anzuknüpfen versuchten.

Grüne wie FDP betonten, dass sie in einer erneuten Überprüfung der Richterschaft vor allem ein Zugeständnis an die SED-Opfer sehen.

Quelle: Schweriner Volkszeitung, 19.05.2011

Position - Aufklären statt Aussitzen!

Die berechnete Empörung über die zahlreichen Stasi-Fälle in der Justiz und in der Polizei hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Doch die Stasi-Vergangenheit von Richtern soll nach dem Willen von SPD und Linke getreu der Lex Brandenburg unter dem Teppich gekehrt werden. Die Linke überrascht damit nicht, schon im Jahr 2003 lehnte sie die Verwendung der sogenannten Rosenholz-Dateien mit dem Hinweis auf rechtliche Unzulässigkeit und der Erzeugung eines „Generalverdachts“ ab und spult nun ihr traditionelles Begründungsrepertoire ab. Neu ist aber, dass Brandenburgs Ministerpräsident Platzeck die linke Rhetorik übernommen hat und ebenfalls von einem Generalverdacht der Opposition, in diesem Fall gegen die Richterschaft im Land, spricht.

Ist das der Brandenburger Weg? Haben die Menschen in diesem Land nicht das Recht, zu wissen, wer im Namen des Volkes Recht spricht? Warum sollen Richter in Brandenburg anders behandelt werden als Abgeordnete oder kommunale Mandatsträger? Sie alle müssen sich einer Stasi-Überprüfung unterziehen. Das muss erst recht für diejenigen gelten, die über Menschenschicksale entscheiden. Wir werden weiterhin fragen.

Wie schafft der Ministerpräsident den Spagat in seiner abenteuerlichen Argumentation, wenn sein eigener Parteifreund Dietmar Woidke die Polizeiführung überprüfen will? Überzieht der Innenminister die Polizei mit einem Generalverdacht? Wohl nicht. Der Innenminister möchte in einem hochsensiblen Bereich der öffentlichen Verwaltung, dort wo die Staatsgewalt ausgeübt wird, sicher sein, dass die Polizeiführer jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten und nicht durch eine Spitzeltätigkeit das Vertrauen von Menschen missbraucht haben. Er hat dafür die volle Unterstützung der CDU. Sein Beispiel zeigt auch, wie richtig der Bundestag liegt, im Juni eine Erweiterung der Überprüfungsmöglichkeiten durch das Stasi-Unterlagengesetz zu diskutieren.

Der Versuch von Matthias Platzeck, die Aufarbeitung der Stasi-Verstrickungen von Verantwortungsträgern im Öffentlichen Dienst der Landesregierung Brandenburg zu verhindern, wird scheitern. Die Bürger und die Medien haben erkannt, dass von der Platzeck-Regierung keine Aufklärung zu erwarten ist. Das Ergebnis: Journalisten decken stattdessen nun unaufhörlich Stasi-Fälle in Brandenburg auf und bringen eine belastete Systemstruktur zutage, die eine Auseinandersetzung notwendig macht. Wöchentlich werden neue Stasi-Fälle in Justiz und Polizei bekannt - in einem Ausmaß, das auch die CDU nicht für möglich gehalten hätte. Es ist das Ergebnis einer 20-jährigen Gleichgültigkeit gegenüber den historischen Altlasten Brandenburgs, vornehmlich begründet durch Manfred Stolpe, um den sich die Gestrigen in dieser für die Regierung heiklen Situation mehr denn je scharen und huldigen.

In Brandenburg läuft mit erheblicher Verspätung eine überfällige Aufarbeitungsdebatte, die viele schmerzt.

Das dürfte für die Opfer wie für die Täter gelten, wenn auch die Schmerzpunkte sehr unterschiedlich gelagert sein dürften. Die einen fordern nach langen Jahren - auch in Brandenburg - endlich eine angemessene Berücksichtigung, die anderen kämpfen mit fragwürdigen Mitteln für die Fortsetzung einer „kleinen DDR“. Doch auch die negativen Reaktionen gehören zur Aufarbeitung eines diktatorischen Systems. Sie weisen aber weder in eine selbstbewusste Zukunft, noch bringen sie dem Land Ruhe.

Aufrichtigkeit gegenüber der Vergangenheit wäre deshalb jetzt eine identitätsstiftende gesamtgesellschaftliche Chance - eine zweite Chance nach 20 Jahren. Wahrscheinlich haben wir sie erst mit einer neuen Landesregierung. *Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 18.05.2011*

DDR-Juristen wurden Anwälte

Neuer Ärger für Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg (52, Linke). Der frühere SED Mann muss erklären, warum zwei DDR Unrechtsjuristen Rechtsanwälte werden durften.

Der RBB hatte die Fälle aus Cottbus aufgedeckt: Ex-DDR-Staatsanwältin Eva Maria M. wurde im Jahr 2000 zu 22 Monaten Haft verurteilt. Weil sie Unschuldige in den Knast gebracht hatte. Trotzdem durfte sie bis zur Rente

2008 Rechtsanwältin sein. Ex-DDR-Richter Alfred C. soll sich einem Urteil durch Flucht ins Ausland entzogen haben. Nach der Verjährung kam er zurück, ist heute Rechtsanwalt. CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum(37): "Dass verurteilte Unrechtsjuristen als Anwälte arbeiten, ist nicht hinnehmbar!" Am 16. Juni soll der Minister dem Rechtsausschuss die Fälle erklären.

Quelle: Bild, 13.05.2011



Gespräch mit dem Botschafter von Kroatien in Potsdam am 10.04.2011

Oppositionsparteien stehen zu Neuruppin - Schöneburg verteidigt im Rechtsausschuss Landgerichtsbezirk

Die Polizeistrukturereform und die möglichen Folgen für den Justizstandort Neuruppin treffen bei den Oppositionsparteien im Landtag auf ein unterschiedliches Echo. An Verständnis für die Sorgen im Nordwesten der Mark mangelt es indes nicht.

Danny Eichelbaum, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, bekannte sich gestern klar zum Erhalt des Landgerichtsbezirks Neuruppin. Zuvor hatte sich der Rechtsausschuss des Landtags mit der Problematik befasst und sich dabei der Eindruck Eichelbaums verfestigt, "dass die rechte Hand nicht weiß, was die linke tut". Daher riet er, dass SPD-Innenminister Dietmar Woidke und Justizminister Volkmar Schöneburg (Die Linke), sich an einen Tisch setzen "und eine vernünftige Lösung aushandeln". Der CDU-Rechtsexperte sprach sich dafür aus, auf die ursprünglich angestrebte Deckungsgleichheit von Polizeidirektionen und Landgerichtsbezirken zu verzichten. Denn die Landesregierung sei dabei, ihr Tafelsilber zu zerschlagen.

Ähnlich äußerte sich der FDP-Innenexperte im Landtag, Hans-Peter Goetz. Aus seiner Sicht ist zwar die künftige Polizeidirektion Neuruppin auch ohne die Uckermark überlebensfähig.

Aber: "Die Erklärung, dass Polizei und Justiz räumlich übereinstimmen sollten, habe ich zu keiner Zeit verstanden." Aus seiner Sicht sei es bei der Berufung auf die Landgerichtsbezirke als Muster für eine kommende Polizeistruktur lediglich darum gegangen, irgendwie die Zahl Vier zu begründen. Möglich wären auch fünf Direktionen in Anlehnung an die Leitstellen der Rettungsdienste gewesen. "Dies war jedoch nicht gewollt, um Assoziationen zu den bis 2002 fünf Präsidien - zuzüglich Wasserschutz - zu vermeiden." Sollte Justizminister Schöneburg deshalb nun von der räumlichen Deckungsgleichheit von Polizei und Justiz abrücken, hätte Goetz dafür volles Verständnis. "Auch an anderem Orten, etwa bei der Zuordnung Königs-Wusterhausens nach Cottbus, ist die gegenwärtige Situation wesentlich bürgerfreundlicher als die geplante."

Im Rechtsausschuss des Landtags kündigte Schöneburg gestern an, dass das Amtsgericht Prenzlau im Zuständigkeitsbereich des Landgerichts Neuruppin bleiben soll. Diese Zusage hatte der Minister bereits am Montag bei seinem Besuch in der Fontanestadt gemacht - da aber mit der Einschränkung, dass diese Zusage nur für die laufende Legislaturperiode gelte. Nicht zuletzt deshalb wird in Justizkreisen weiterhin ein schleichender Tod des Standorts Neuruppin mit gravierenden Folgen für die regionale Infrastruktur befürchtet. Weniger Kritik erntet hingegen der Zuschnitt der Polizeidirektionen. Ursula Nonnemacher, innenpolitische Sprecherin der Bündnisgrünen im Landtag, begrüßte gestern den Schritt Woidkes, entgegen den vorherigen Plänen die Uckermark der Direktion Frankfurt/Oder zuzuschlagen. Aus polizeifachlicher Sicht sei dies sinnvoll. Indes wird Ostprignitz-Ruppins Landrat Ralf Reinhardt (parteilos) nicht müde, gegen das überraschende Umschwenken Woidkes an zu argumentieren. Bisher habe das Land stets das Bemühen gezeigt, Dinge im Sinne einer Nachhaltigkeit zu verändern. Dass dies im aktuellen Fall so ist, daran habe er erhebliche Zweifel, so Reinhardt. Den Zuschnitt der Polizeidirektionen im Land verglich der Landrat gestern mit einem Stuhl, dessen kürzestes Bein entfernt werde, sobald das Möbel kipzelt. Die aktuelle Reformdebatte versteht Reinhardt nach eigener Aussage als einen Test, wo die Widerstandslinien im Land Brandenburg verlaufen und wie viel dem Norden zuzumuten sei.

Quelle: Ruppiner Anzeiger, 13.05.2011



Sommerfest der
Handwerkskammer Potsdam in
Caputh am 23.06.2011

Justiz: Stachwitz irritiert mit Kolumne

Darf eine Staatssekretärin als Journalistin in Erscheinung treten, die eigene Politik verteidigen und die Opposition kritisieren? Der Rechtsexperte der Brandenburger CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum, hat an dem journalistischen Nebenamt der Justiz-Staatssekretärin Sabine Stachwitz erhebliche Zweifel und ließ sie daher gestern vor den Rechtsausschuss zitieren.

Unter dem Titel „Richter unter Generalverdacht“ hatte Stachwitz am Mittwoch in einer Brandenburger Zeitung eine „Jagd auf brandenburgische Richterinnen und Richter, denen nicht die Gnade der westdeutschen Geburt zuteil“ geworden sei, konstatiert. Sie lehnt in ihrer Kolumne, die sie seit längerem schreibt, eine neue Stasi-Überprüfung der Richterschaft ab und kritisiert, dass „vornehmlich Landtagsabgeordnete der CDU“, zum „Halali blasen“ würden.

Eichelbaum wollte wissen, ob Stachwitz dies im Namen der Landesregierung geschrieben habe. „Ganz klar: nein“, antwortete sie. Die Kolumne sei ihre Privatsache. Stefan Ludwig (Linke) hält regelmäßige journalistische Beiträge auch mit dem Amt einer Staatssekretärin für vereinbar, schließlich sei das lediglich der „private Blickwinkel“.

Die Opposition hält es für instinktlos. Es sei grob fahrlässig, nicht darüber nachzudenken, „welche Wirkung eine solche Kolumne haben kann mit ihrem Amt“, sagte Sabine Niels (Grüne). Linda Teuteberg (FDP) stieß sich an der „Gnade der westlichen Geburt“, weil Stachwitz damit unnötig neue „Ost-West-Fronten“ aufmache. Auch der Jagdjargon des Textes irritierte die Abgeordneten. Stachwitz verteidigte ihren Sprachgestus. Sie habe gedacht, das Thema „Jagd“ passe „wunderbar nach Brandenburg“.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 13.05.2011



Sitzung des Innenausschusses am 05.05.2011

Wirtschaftsfrühstück der CDU
Landtagsfraktion mit Dr. Edmund Stoiber in
Potsdam am 10.06.2011



Erneute Attacke in der Berliner U-Bahn - CDU ruft nach härteren Strafen

Erneut wurde ein junger Mann in einem Berliner U-Bahnhof zusammengeschlagen. Am frühen Donnerstagmorgen prügeln und traten drei Unbekannte auf einen 21-jährigen in der Weddinger U-Bahn-Station Amrumer Straße ein. Erst am Osterwochenende hatte ein brutaler Angriff im Bahnhof Friedrichstraße für Empörung gesorgt und eine Kontroverse über den richtigen Umgang mit jugendlichen Gewalttätern ausgelöst. Die Brandenburger CDU forderte gestern eine deutliche Verschärfung des Jugendstrafrechts.

Das Opfer der jüngsten Attacke wartete gegen 4.45 Uhr auf einen Zug der Linie U9, als ihn drei Männer angriffen. Sie versuchten, ihm Schmuck und Handy zu entreißen. Als er sich wehrte, schlugen sie auf ihn ein, traten ihn und verletzten ihn mit einem Messer. Das Opfer kam in ein Krankenhaus. Die Täter flüchteten. Die Auswertung der Videoüberwachung soll nun nähere Erkenntnisse liefern.

Jugendliche Gewalttäter müssten mit den Folgen ihres Handelns deutlicher konfrontiert werden, forderte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum. Nachsicht werde häufig als Schwäche des Staates begriffen. Er plädierte dafür, die Höchststrafe für Mord heraufzusetzen und Straftaten in öffentlichen Verkehrsmitteln und Bahnhöfen schärfer zu ahnden. Neben dem Warnschuss-Arrest forderte Eichelbaum schnellere Verfahren. „Die Strafe muss der Tat auf dem Fuß folgen, um wirkungsvoll zu sein“, sagte er.

Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) lehnt einen Warnschuss-Arrest als überflüssig ab. Die Bundesregierung will Richtern die Möglichkeit geben, gegen jugendliche Delinquenten zusätzlich zu einer Bewährungsstrafe einen Arrest zu verhängen.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann brachte ein Alkoholverbot im öffentlichen Personennahverkehr ins Spiel. Dies würde zu mehr Sicherheit beitragen, sagte der CSU-Politiker „Spiegel Online“. Der 18-jährige Schüler, der am Osterwochenende einen 29-Jährigen grundlos bis zur Bewusstlosigkeit geprügelt hatte, war betrunken gewesen. Das Opfer hat sich inzwischen in einem Brief an Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) enttäuscht über die Haftverschonung für den Angreifer gezeigt. Dies sei für ihn „ein weiterer Tritt ins Gesicht“, schrieb er nach Angaben der „Bild“-Zeitung.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 29.04.2011



Arbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen mit Dr. Günter Krings MdB am 07.06.2011

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Impressionen vom Tag der offenen Tür der CDU-Kreisgeschäftsstelle am 28.06.2011



Ein über 1300 Seiten dickes Buch mit sieben Siegeln

Seit dem 27. Juni 2011 hat der Kreis einen beschlossenen Haushalt – für 2011.

Es ist geschafft. Der Landkreis hat seit Montagabend nicht nur eine vom Kreistag genehmigte Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2009 (!), sondern auch einen beschlossenen Haushalt für das schon sechs Monate alte Jahr 2011, samt umfangreichem Haushaltssicherungskonzept. Das wird immer dann notwendig, wenn die Rechnung unterm Strich mehr Minus als Plus aufweist, was bekanntlich in Teltow-Fläming in erheblicher Millionenhöhe der Fall ist.

Die Haushaltssituation ist in den Augen der oppositionellen CDU deshalb nicht nur kritisch, sondern dramatisch. Und es sei nicht erkennbar, zu welchem Zeitpunkt wieder ein Haushaltsausgleich erzielt werde, heißt es. Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum bemühte Bilder aus der Wirtschaft und dem Gesundheitswesen, um die Lage zu veranschaulichen. Wäre der Landkreis ein Unternehmen, so der Christdemokrat, wäre er schon längst insolvent. Man bewege sich auf einer Schuldenwelle in Richtung 100 Millionen Euro zu, prophezeite er. Es sei nicht mehr „5 nach 12“, wie noch vor einem Jahr, sondern schon „20 nach 12“.

Es komme ihm so vor, als ob der Kreis wie auf einer Intensivstation im Koma liege und es erst einer richtigen Diagnose bedürfe, um ihn wieder auf den Weg der Besserung zu bringen. Bei 32 Millionen Euro laufenden Kassenkrediten sehe er dies jedoch nicht. Hinzu komme, dass sich bei den Berechnungen für die Eröffnungsbilanz offenbar 21 Millionen Euro Schulden in Luft aufgelöst haben, so Eichelbaum.

Sowohl Kornelia Wehlan (Die Linke) als auch Christoph Schulze (SPD) widersprachen vehement. Zwar seien „die fetten Jahre für den Kreis vorbei“, so Schulze, und er wolle auch „nichts bagatellisieren“, aber es sei für die weitere Entwicklung nicht hilfreich, „mit dem Knüppel draufzuhauen“. Andere Kreise und kreisfreie Städte hätten noch weitaus höhere Schuldenberge. Wehlan indes machte deutlich, dass man längst „nicht aus dem Schneider“ sei, aber die Linke keiner „Streichorgie“ im Bereich der freiwilligen Aufgaben zustimmen werde. Nacheinander waren schließlich die von Seiten der CDU gestellten Anträge und Änderungsvorschläge zur Haushaltssatzung an der Übermacht der sogenannten Kooperation von SPD, Linken, Bündnisgrünen, FDP und Bauernverband gescheitert.

So hatte die CDU unter anderem vorgeschlagen, alle freiwilligen Aufgaben des Landkreises auf den Prüfstand zu stellen und alle Produktpläne mit den Kreisen Postdam-Mittelmark und Dahme-Spreewald zu vergleichen, die Planstellen jährlich um bis zu fünf Prozent zu reduzieren und die nicht besetzte Stelle des persönlichen Referenten des Landrats ersatzlos zu streichen.

Für die Forderung, die Ausgaben im Haushaltsplan 2011 um drei Millionen Euro zu reduzieren, hatte die CDU einen 18-Punkte-Sparplan vorgelegt, darunter auch unpopuläre Vorschläge im Bereich Fahrbibliothek, Ausstellungen in der Neuen Galerie sowie Reduzierungen bei den Posten Repräsentation und Sonderbedarf des Landrates. Keiner dieser Punkte fand eine Mehrheit. Kreistagsvorsitzender Christoph Schulze (SPD) brauchte sich nicht einmal die Mühe zu machen, genau auszählen zu lassen. „Mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen“, gab er die Entscheidung des Kreistags für den Haushalt 2011 zu Protokoll.

Ähnlich war auch das Abstimmungsergebnis für das Haushaltssicherungskonzept und die längst überfällige Eröffnungsbilanz nach doppischer Haushaltsführung für 2009. Diese war unter anderem im mehr wieder vom Rechnungsprüfungsausschuss des Kreistages angemahnt worden. Demnach hatte der Landkreis TF zum 1. Januar 2009 einerseits unter anderem Anlagevermögen von knapp 178,3 Millionen Euro und Eigenkapital von mehr als 25 Millionen Euro, aber auch Verbindlichkeiten von rund 43,7 Millionen Euro. (Von Fred Hasselmann)

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 29.06.2011

Eichelbaum begrüßt Bau von Radwegen in Teltow-Fläming

Zum Bauprogramm des Landes Brandenburg: Radwege außer Orts von Bundesstraßen erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum:

"12,6 Kilometer neue Radwege sollen in den kommenden Jahren im Landkreis Teltow-Fläming mit Hilfe des Landes gebaut werden. Das Verkehrsministerium wird in den nächsten Jahren für 5 Radwegeverbindungen finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Ich begrüße die Entscheidung von Verkehrsminister Jörg Vogelsänger, bis 2015 den Bau der Radwege an der B 246 von Nächst-Neuendorf nach Schünow (3,7 km), von Christinendorf nach Trebbin (2,4 km), von Trebbin nach Schönhagen (3,5 km), von Schönhagen nach Stangenhagen (2,7 km) und an der B 96 von Neuhoof nach Wünsdorf (0,3 km) bis zum Jahr 2015 mit Haushaltsmitteln des Landes Brandenburg zu unterstützen. Die Kommunen, wie beispielsweise die Stadt Trebbin, kämpfen seit Jahren für die Realisierung dieser Radfahrwege. Jetzt muss es darum gehen, schnellstmöglich und nicht erst im Jahr 2015 den Bau der Radwege vorzunehmen. Die Bürger warten dringend auf den Bau der Radwege!

Mit dem Ausbau der Radwege wird nicht nur die infrastrukturelle Anbindung der Gemeinden untereinander verbessert, sondern auch die touristische Komponente, eine relevanten Wirtschaftsfaktor der Region, gefördert.

Daher profitieren alle Beteiligten von dem Ausbau des Radwegenetzes in Teltow-Fläming."

Quelle: Pressemitteilung vom 23.06.2011

Im Stundentakt zum Airport - Regionalzug Wünsdorf-Dessau hält unter dem Terminal im neuen Bahnhof

Blankenfelde erhält im nächsten Jahr eine direkte Bahnanbindung an den neuen Flughafen. In acht Minuten gelangen die Fahrgäste vom Bahnhof Blankenfelde zum Großflughafen in Schönefeld – und zwar mit dem RE 7 im Stundentakt.

„Ab Inbetriebnahme des Flughafens wird der neue Bahnhof direkt unter dem Flughafenterminal vom Regionalzug angefahren“, bestätigte Kai Dietrich vom Verkehrsministerium in Potsdam. Für den Sprecher ist diese Neuerung nicht sensationell, schließlich fahre der Regionalzug ja schon lange Schönefeld an.

Allerdings hält die Bahn ab Wünsdorf dann nicht mehr am bisherigen Bahnhof Schönefeld, sondern steuert den neuen unterirdischen Bahnhof, direkt unter dem Flughafenterminal, an. „Der alte Bahnhof wird dann nur noch für die S-Bahn genutzt“, so informierte Dietrich.

Wer allerdings weiter von Schönefeld mit dem RE7 in Richtung Dessau will, der muss Bauarbeiten in Kauf nehmen. Mit Fahrplanänderung im Dezember 2011 beginnen umfangreiche Streckensanierungen sowie der Neubau mehrerer Brücken zwischen Berlin-Wannsee und Berlin-Charlottenburg, so dass diese Strecke unterbrochen wird. Der Lückenschluss dauert etwa ein Jahr, so der Pressesprecher.

CDU-Landtagsabgeordneter Danny Eichelbaum wertet die direkte Anbindung von Blankenfelde an den neuen Flughafen als eine „wichtige Weichenstellung“, um die Attraktivität von Blankenfelde-Mahlow als Wohnort für Beschäftigte am Flughafen zu erhöhen. Er hatte im Landtag eine entsprechende Kleine Anfrage gestellt.

"Eine schlechte Anbindung an den BBI hatten wir immer bemängelt“, bestätigte Jörg Sonntag, Dezernent in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow. Es sind vor allem die Mahlower, die auf kurze Verkehrswege zum Flughafen bestehen. Nach bisherigen Planungen müssten sie, wollten sie per Bahn zum BBI, einen Umweg über das Südkreuz in Berlin in Kauf nehmen, obwohl der Airport nur rund zehn Kilometer von Mahlow entfernt ist.

Aufgrund dieser Kritik, auch aus anderen Orten sowie von Hinweisen aus der Kreisverwaltung hatte der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg einen Busverkehr als Ergänzung angekündigt. Neun Buslinien, so offerierte er, werden ab der BBI-Eröffnung den Flughafen anfahren, unter anderem von Teltow, Wildau, Königs Wusterhausen, Ludwigsfelde und Blankenfelde-Mahlow.

Ob er dann in Blankenfelde oder Mahlow startet, darüber konnte die Sprecherin des Verkehrsverbundes noch keine Auskunft geben. „Wir sind bei der Feinjustierung, es stehen noch Standortentscheidungen von Unternehmen aus, die beim Busverkehr berücksichtigt werden sollen“, sagte sie gestern. Fest stehe, der Bus fahre im Stundentakt, ebenso wie der Expressbus ab Ludwigsfelde zum Flughafen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 16.06.2011

JU-Diskussionsrunde in Ludwigsfelde zum Thema:
Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan am
09.06.2011



CDU fordert kleineren Wagen für Landrat - Fraktion schlägt Einsparungen vor

Die CDU-Kreistagsfraktion ging am Dienstag in Thyrow in Haushaltsklausur, um sich Gedanken über die Sanierung des Kreisetats zu machen. Gegenwärtig, so Fraktionsvorsitzender Danny Eichelbaum, steuere der Kreis sehenden Auges auf ein Defizit von 100 Millionen Euro zu. „Es ist nicht erkennbar, dass der Landrat und die ihn tragende Koalition aus SPD, Linke, FDP, Bauernverband und Grüne ernsthafte Sparanstrengungen unternehmen.“

Stattdessen werde die wahre Haushaltslage verschleiert und beschönigt, weitere Personaleinstellungen würden vorgenommen und ein Zeitpunkt für das Erreichen eines ausgeglichenen Haushaltes sei nicht ersichtlich. „Wir müssen endlich raus aus der Verschuldungsfalle“, so der CDU-Chef.

Entschieden wendet sich die CDU gegen die Erhöhung der Kreisumlage. Der Kreis solle nicht versuchen, sich auf Kosten der nicht besser gestellten Kommunen aus der prekären Finanzlage zu befreien, meint Eichelbaum.

Mit einem Sechs-Punkte- Programm möchte die CDU-Kreistagsfraktion einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten, die Erhöhung der Kreisumlage verhindern und strukturelle Haushaltsverbesserungen vornehmen. Dazu müsse der Landkreis den Gürtel enger schnallen.

So sollen bereits in diesem Jahr drei Millionen Euro eingespart werden. So fordert die CDU die jährliche Reduzierung der Planstellen um fünf Prozent, den Wegfall der Stelle des persönlichen Referenten des Landrates, die Reduzierung der Sachaufwendungen in allen Produktbereichen um fünf Prozent, eine Reduzierung der Repräsentationskosten des Landrates, die Reduzierung der Kosten für die Fahrzeugbeschaffung und -unterhaltung um 30 Prozent, die Begrenzung der Verlustausgleiche an die kreiseigenen Gesellschaften auf insgesamt 500 000 Euro im Jahr, den Verkauf des Biotechnologieparks und die Prüfung der Eigentumsübertragung der Fläming-Skate auf die Gemeinden. Gleichzeitig soll nicht mehr der Landrat, sondern der Kreistag über Neueinstellungen von Beamten des höheren Dienstes und vergleichbaren Angestellten entscheiden. Außerdem fordert die CDU den Landrat auf, auch selbst ein Zeichen für Sparsamkeit zu setzen. Ein Mittelklassewagen mit einem niedrigen CO₂-Verbrauch wäre ein richtiges Signal.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 16.06.2011



Einweihung des
Reinwasserbehälters beim
WARL Ludwigsfelde am
09.06.2011

Gute Nachrichten für die Region: Nach langem Kampf - Polizei und Gericht bleiben in Zossen

CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum, setzte sich von Anfang an für den Erhalt des Gerichts und der Polizeiwache in Zossen ein.

Nach den Sitzungen des Innen,-und des Rechtsausschusses des Landtages im Mai steht nun fest, dass in Zossen ein Polizeirevier eingerichtet wird und das Amtsgericht in Zossen erhalten bleibt.

Der BlickPunkt-Redakteur Jörg Reuter sprach mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum, der Mitglied in beiden Landtagsausschüssen ist.

Die Würfel sind gefallen und damit eine Entscheidung. Hat sich also der lange und schwierige Kampf für den Erhalt gelohnt?

Ganz klar, das jahrelange Engagement, die Unterschriftenaktionen, die Petitionen an den Landtag, der Kampf der Bürger für den Erhalt ihrer Polizeiwache und ihres Amtsgerichtes in Zossen hat sich gelohnt. Die Schließungspläne sind damit vom Tisch. Angesichts der Kriminalitätsentwicklung und des Bevölkerungswachstums im Norden des Kreises wäre eine andere Entscheidung nicht vermittelbar gewesen.

Wie wird es jetzt weiter gehen und was sind die nächsten Schritte?

Jetzt muss man genau schauen, wie viele Polizisten tatsächlich vor Ort bleiben. Wenn 1900 Polizeistellen, inklusive 400 Stellen bei der Kriminalpolizei durch die Brandenburger Landesregierung abgebaut werden, hat das zwangsläufig Konsequenzen für die Polizeipräsenz vor Ort. Bis zum 31. Mai 2011 will Brandenburgs Innenminister Dietmar Woidke (SPD) den Innenausschuss des Landtages über die weiteren Schritte der Polizeistrukturereform informieren, weitere Konsequenzen sind nicht ausgeschlossen. Bis dahin muss es darum gehen, für mindestens eine 24 Stunden Wache im Norden des Landkreises zu kämpfen, Verbrecher halten sich schließlich nicht an Öffnungszeiten. Auch in der Nacht muss die Polizeipräsenz im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet werden.

Das Gericht in Zossen bleibt auch erhalten. Gute Nachrichten aus Potsdam für unseren Landkreis.

Ja, auch hier gibt es eine Entwarnung. Lange Zeit stand die Zukunft des Amtsgerichtes Zossen auf dem Spiel.

Die rot-rote Landesregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, die Schließung weiterer Amtsgerichte in Brandenburg zu prüfen. Nachdem Justizminister Volkmar Schöneburg bereits im letzten Jahr angekündigt hatte, die Amtsgerichtsstandorte zu erhalten, versuchte SPD-Innenminister Dietmar Woidke noch in letzter Minute aus Gründen der Haushaltskonsolidierung einige Amtsgerichte auf dem Altar der Haushaltskonsolidierung zu opfern. Sein Ziel war es auch, das Amtsgericht Zossen zu schließen. Doch angesichts der Proteste aus der Bevölkerung und der Opposition konnte sich der Innenminister mit seinen Plänen nicht durchsetzen. Damit ist klar, das Amtsgericht Zossen bleibt erhalten. Nach meiner Auffassung ist das eine gute Nachricht für die Region. Es muss weiterhin gewährleistet werden, dass die Amtsgerichte in Brandenburg bürger- und wohnortnah zu erreichen sind.

Der BlickPunkt bedankt sich für das Gespräch.

Quelle: Blickpunkt, 20.05.2011

„Verdacht nicht ausgeräumt“ - Ministerium prüft Vorwürfe gegen Landrat Giesecke

Das brandenburgische Innenministerium prüft derzeit, ob es gegen Landrat Peer Giesecke (SPD) ein Disziplinarverfahren einleiten soll. Dies ergibt sich aus einer Antwort der Landesregierung auf eine „Kleine Anfrage“ des CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum.

Der CDU-Politiker Eichelbaum hatte Anfang April sechs Fragen an die Regierung gerichtet, die sich allesamt mit den Korruptionsvorwürfen gegen Landrat Giesecke und möglichen disziplinarrechtlichen Folgen befassen (die MAZ berichtete). Giesecke wird vorgeworfen, dass er sich von einem Investor hat bestechen lassen.

Die Landesregierung lässt nun wissen, dass die für Korruptionssachen zuständige Staatsanwaltschaft Neuruppin am 14. Juni 2010 über zwei anonyme Anzeigen in dieser Sache berichtete. Diese waren am 24. Februar beziehungsweise am 18. März 2010 gegen Giesecke eingegangen. „Erste Hinweise auf Strafanzeigen“ gegen Giesecke habe die Landesregierung infolge von Presseveröffentlichungen erhalten.

„Erstmals im November 2010“ hat das Innenministerium ein Auskunftsersuchen an die Staatsanwaltschaft gerichtet – „nachdem erkennbar wurde, dass die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen andauern“. Mitte März 2011 lagen dann Hinweise vor, „dass der Verdacht auf strafbare Handlungen bislang nicht ausgeräumt werden konnte“.

Vor rund zwei Wochen hat das Innenministerium Einsicht in die Ermittlungsakten der Neuruppiner Strafverfolger genommen. Ob ein Dienstvergehen Gieseckes vorliegt, prüft das Innenministerium nach eigenem Bekunden noch.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 10.05.2011



Neuwahl MIT-Kreisvorstand Teltow-Fläming in Luckenwalde am 20.05.2011

Nominierung des CDU-Bürgermeisterkandidaten in Jüterbog am 05.05.2011



Verboten, aber nicht verschwunden - Neonazi-Organisation „Freie Kräfte Teltow-Fläming“ darf nicht weiter existieren

„Endlich“, sagt gestern Jörg Wanke, Sprecher der Bürgerinitiative (BI) „Zossen zeigt Gesicht“. „Endlich wurden heute die Freien Kräfte Teltow-Fläming als verfassungsfeindliche Organisation verboten.“

Auch Zossens Bürgermeisterin Michaela Schreiber (Plan B) ist zufrieden mit der Entwicklung: „Zeit wird's!“, sagte sie zu dem Verbotsverfahren.

Genau dieselben Worte wählt der SPD-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Kreistags Teltow-Fläming, Christoph Schulze. „Ich trample seit dem 27. Januar 2010, als die Rotznasen versucht hatten, die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Holocaust zu stören, dem Innenminister – erst Rainer Speer und dann Dietmar Woidke – auf den Füßen herum, damit sie etwas tun.“

Als einen „überfälligen Schritt“ bezeichnet der CDU-Landtags- und Kreistagsabgeordnete Danny Eichelbaum das Verbot. „Der Rechtsstaat macht damit deutlich, dass die Verbreitung rechten Gedankengutes und rechtsextremistische Aktivitäten nicht geduldet werden.“

Jörg Wanke bewertet das Verbot der Freien Kräfte Teltow-Fläming „als direkten Erfolg der Zivilgesellschaft, zu der auch unsere Bürgerinitiative Zossen zeigt Gesicht gehört, die sich aktiv mit dem Rechtsradikalismus auseinandersetzt.“ Diese offene und direkte Auseinandersetzung sei für die BI nicht immer einfach gewesen, besonders wenn man an den Brand des Hauses der Demokratie in Zossen zurückdenke. Der Anstoß zu diesem Anschlag wird in den Reihen der „Freien Kräfte“ vermutet. „Immer wieder haben wir uns gegen das Ignorieren, Wegsehen und Verharmlosen des Rechtsextremismus zur Wehr gesetzt“, so Wanke, das seiner Meinung nach auch von Bürgermeisterin Schreiber betrieben wurde. „Dafür mussten wir uns unter anderem als Nestbeschmutzer bezeichnen lassen“, ärgert er sich.

Michaela Schreiber sieht das naturgemäß anders. „Die Bürgerinitiative hat nie versucht zu kooperieren. Sie hat den Konflikt nur geschürt anstatt mit mir einen Gegenpol zu den Neonazis zu bilden.“ Ihrer Meinung nach ging es der BI auch gar nicht darum, „was dem Thema nicht gut getan hat“, so Schreiber.

So gespalten im Vorgehen, so einig sind sich die beiden Zossener Kontrahenten in der Sache. Die Zerschlagung dieser Organisation sei das eine, „aber das rechtsextremistische Denken und andere rechtsextreme Organisationen sind noch da“, so Wanke. Deshalb sei die Auseinandersetzung weiterhin nötig, wozu die Bürgerinitiative ihren Weg fortsetzen und sich für den Wiederaufbau des Hauses der Demokratie in Zossen einsetzen werde.

Auch für die Bürgermeisterin ist der rechtsradikale Spuk mit dem Verbot noch längst nicht vorbei. „Die haben sich vor über einem Jahr umbenannt. Deshalb braucht sich niemand einzubilden, dass die vom Erdboden verschwunden sind.“

Der neue Name der „Freien Kräfte“ lautet „Nationale Sozialisten Zossen“. Laut Innenminister Dietmar Woidke (SPD) gilt das Verbot aber auch für sämtliche Nachfolgeorganisationen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 12.04.2011

Ausgewählte Termine im Monat Juli

01.07.2011

- 09.30 Uhr Wirtschaftsfrühstück der CDU-Landtagsfraktion in Kloster Zinna

04.07.- 06.07.2011

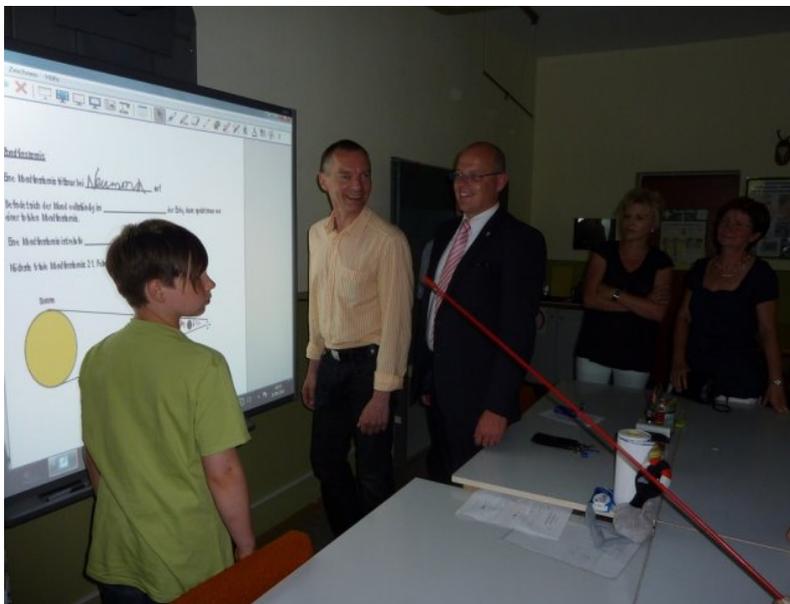
- Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktionen von Brandenburg und Sachsen in Cottbus

19.7.2011

- 16 Uhr Übergabe des Löschmittelplatzes des FWZ in Luckenwalde

Juli / August

- Bildungstour durch die Schulen im Wahlkreis



Übergabe eines Whiteboards an
die Grundschule Blankensee am
10.06.2011